

Mächtel/Uhrich/Förster

Geistiges Eigentum



Geistiges Eigentum

Vorschriftensammlung zum gewerblichen
Rechtsschutz, Urheberrecht und Wettbewerbsrecht

4., aktualisierte und erweiterte Auflage

Herausgegeben von

Florian Mächtel

Ralf Uhrich

Achim Förster

in Zusammenarbeit mit dem DFG-Graduiertenkolleg
„Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit“
an der Universität Bayreuth

Mohr Siebeck

Florian Mächtel ist Notarassessor im Notardienst des Freistaats Bayern.

Ralf Uhrich ist Rechtsanwalt in Mannheim und Lehrbeauftragter an der Universität Bayreuth.

Achim Förster ist Richter am Amtsgericht Bad Neustadt a. d. Saale und Lehrbeauftragter an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

ISBN 978-3-16-152974-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

1. Auflage 2008
2. Auflage 2009 (aktualisiert und erweitert)
3. Auflage 2011 (aktualisiert und erweitert)

© 2014 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger Zusammenstellung kann keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Rechtsakte übernommen werden.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Vorwort

Die umfangreichen Aktivitäten des Gesetzgebers zum Ende der 17. Legislaturperiode und die weiterhin gute Aufnahme der Vorschriftensammlung „Geistiges Eigentum“ in Wissenschaft und Praxis haben eine vierte Auflage erforderlich gemacht. Der vorliegende Band bringt die abgedruckten Rechtsvorschriften auf den Stand vom 15. November 2013 und ergänzt die vollständig abgedruckten Rechtsakte um das Gesetz über internationale Patentübereinkommen.

Dem Verlag Mohr Siebeck danken wir sehr herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen, dem Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs „Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit“ an der Universität Bayreuth, Herrn Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M. (NYU), für die anhaltende Unterstützung und Herrn Florian Ammerich für die Mitarbeit bei der Endredaktion.

Die Herausgeber freuen sich weiterhin über jede Art von Kritik, insbesondere über Korrektur- und Verbesserungsvorschläge. Eine Kontaktaufnahme ist über die Internetseite <http://gkrw.uni-bayreuth.de> möglich, die auch weitere Informationen über das DFG-Graduiertenkolleg „Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit“ enthält.

Bayreuth, München und Niederlauer, im Februar 2014

Die Herausgeber

Inhaltsverzeichnis

1. Patentrecht und verwandte Rechte

a)	Deutsches Recht	
1.1	Patentgesetz (PatG)	1
1.2	Gebrauchsmustergesetz (GebrMG)	48
1.3	Sortenschutzgesetz (SortSchG)	61
1.4	Gesetz über den Schutz der Topographien von mikroelektronischen Halbleitererzeugnissen (Halbleiterschutzgesetz – HalblSchG)	81
1.5	Gesetz über Arbeitnehmererfindungen (ArbnErfG)	86
1.6	Weitere deutsche Rechtsakte	96
b)	Europäisches Recht	
1.7	Europäisches Patentübereinkommen (EPÜ 2000)	97
1.8	Richtlinie (EG) Nr. 44/98 des Europäischen Parlaments und des Rates über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen (BiotechnologieRL)	131
1.9	Weitere europäische Rechtsakte und deutsche Rechtsakte mit europäischem Bezug	141
c)	Internationales Recht	
1.10	Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT)	143
1.11	Gesetz über internationale Patentübereinkommen (IntPatÜbkG)	163
1.12	Weitere Internationale Rechtsakte und deutsche Rechtsakte mit internationalem Bezug	172

2. Marken- und Kennzeichenrecht

a)	Deutsches Recht	
2.1	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen (MarkenG)	173
2.2	Handelsgesetzbuch (HGB) – Auszug	225
2.3	Weitere deutsche Rechtsakte	229
b)	Europäisches Recht	
2.4	Richtlinie 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (MarkenRL)	230
2.5	Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates über die Gemeinschaftsmarke (Gemeinschaftsmarkenverordnung – GMV)	239
2.6	Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (QualitätsregelungenVO)	291
2.7	Weitere europäische Rechtsakte	322

c)	Internationales Recht	
2.8	Madriider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken (MMA)	323
2.9	Protokoll zum Madriider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken (Prot. MMA)	330
2.10	Weitere internationale Rechtsakte	339
3.	Urheber- und Verlagsrecht	
a)	Deutsches Recht	
3.1	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz – UrhG)	340
3.2	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Fotografie (KUG)	397
3.3	Gesetz über das Verlagsrecht (VerlG)	399
3.4	Gesetz über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten (UrhWahrnG)	406
3.5	Gesetz über den Schutz von zugangskontrollierten Diensten und von Zugangskontrolldiensten (ZKDSG)	416
b)	Europäisches Recht	
3.6	Richtlinie (EG) Nr. 29/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (InformationsgesellschaftsRL)	418
3.7	Weitere Richtlinien auf dem Gebiet des Urheberrechts	433
c)	Internationales Recht	
3.8	Berner Übereinkommen zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (RBÜ)	434
3.9	Welturheberrechtsabkommen (WUA)	443
3.10	Internationales Abkommen über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen (Rom-Abkommen)	457
3.11	WIPO-Urheberrechtsvertrag (WCT)	462
3.12	WIPO-Vertrag über Darbietungen und Tonträger (WPPT)	467
3.13	Weitere internationale Rechtsakte	474
4.	Geschmacksmusterrecht	
a)	Deutsches Recht	
4.1	Gesetz über den rechtlichen Schutz von Design (DesignG)	475
4.2	Weitere deutsche Rechtsakte	500

b)	Europäisches Recht	
4.3	Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster (GGV)	501
4.4	Richtlinie 98/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen (GeschmMRL)	537
4.5	Weitere europäische Rechtsakte	545
c)	Internationales Geschmacksmusterrecht	
4.6	Internationale Rechtsakte auf dem Gebiet des Geschmacksmusterrechts	546
5.	Lauterkeitsrecht	
a)	Deutsches Recht	
5.1	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)	547
5.2	Preisangabenverordnung (PAngV)	559
5.3	Gesetz über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens (Heilmittelwerbegesetz – HWG)	566
5.4	Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) – Auszug	573
5.5	Vorläufiges Tabakgesetz (VorlTabakG) – Auszug	578
5.6	Weitere deutsche Rechtsakte	581
b)	Europäisches Recht	
5.7	Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt (UGP-RL)	582
5.8	Richtlinie 2006/114/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über irreführende und vergleichende Werbung (IrreführungsRL)	598
5.9	Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel (Health-Claims-VO)	604
5.10	Weitere europäische Rechtsakte	627
6.	Kartellrecht	
a)	Deutsches Recht	
6.1	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)	628
6.2	Gesetz über die Preisbindung für Bücher (Buchpreisbindungsgesetz – BuchPrG)	695
b)	Europäisches Recht	
6.3	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) – Auszug Art. 101 ff.	699
6.4	Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (FusionskontrollVO)	703

6.5	Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates zur Durchführung der in den Art. 81 und 82 EG niedergelegten Wettbewerbsregeln (KartellverfahrensVO)	728
6.6	Verordnung (EG) Nr. 772/2004 der Kommission über die Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag auf Gruppen von Technologietransfer-Vereinbarungen (TTVO)	749
6.7	Verordnung (EU) Nr. 330/2010 der Kommission über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen (GVO-VV)	758
6.8	Weitere europäische Rechtsakte und Leitlinien auf dem Gebiet des Kartellrechts	765

7. Schutzrechtsübergreifende Rechtsakte

a)	Deutsches Recht	
7.1	Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) – Auszug	766
7.2	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklagengesetz – UKlaG)	769
7.3	Telemediengesetz (TMG)	776
7.4	Weitere deutsche Rechtsakte	785
b)	Europäisches Recht	
7.5	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) – Auszug Artikel 18, 34 ff., 345	786
7.6	Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (EnforcementRL)	787
7.7	Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates (GrenzbeschlagnahmeVO)	799
7.8	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (EuGVVO) – Auszug	822
7.9	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II-VO) – Auszug	823
c)	Internationales Recht	
7.10	Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums (PVÜ)	825
7.11	Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS)	836
7.12	Protokoll zur Änderung des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS-Änd.)	862
7.13	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (Wiener Vertragsrechtskonvention – WVK) – Auszug	866

1.1 PatG

Patentgesetz

in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1980 (BGBl. I 1981 S. 1); zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3830)

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt: Das Patent	§§ 1 bis 25
Zweiter Abschnitt: Patentamt	§§ 26 bis 33
Dritter Abschnitt: Verfahren vor dem Patentamt	§§ 34 bis 64
Vierter Abschnitt: Patentgericht	§§ 65 bis 72
Fünfter Abschnitt: Verfahren vor dem Patentgericht	
1. Beschwerdeverfahren	§§ 73 bis 80
2. Nichtigkeits- und Zwangslizenzverfahren	§§ 81 bis 85a
3. Gemeinsame Verfahrensvorschriften	§§ 86 bis 99
Sechster Abschnitt: Verfahren vor dem Bundesgerichtshof	
1. Rechtsbeschwerdeverfahren	§§ 100 bis 109
2. Berufungsverfahren	§§ 110 bis 121
3. Beschwerdeverfahren	§ 122
4. Gemeinsame Verfahrensvorschriften	§ 122a
Siebenter Abschnitt: Gemeinsame Vorschriften	§§ 123 bis 128b
Achter Abschnitt: Verfahrenskostenhilfe	§§ 129 bis 138
Neunter Abschnitt: Rechtsverletzungen	§§ 139 bis 142b
Zehnter Abschnitt: Verfahren in Patentstreitsachen	§§ 143 bis 145
Elfter Abschnitt: Patentberühmung	§ 146
Zwölfter Abschnitt: Übergangsvorschriften	§ 147

Erster Abschnitt Das Patent

§ 1 [Erteilungsvoraussetzungen]

(1) Patente werden für Erfindungen auf allen Gebieten der Technik erteilt, sofern sie neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind.

(2) ¹Patente werden für Erfindungen im Sinne von Absatz 1 auch dann erteilt, wenn sie ein Erzeugnis, das aus biologischem Material besteht oder dieses enthält, oder wenn sie ein Verfahren, mit dem biologisches Material hergestellt oder bearbeitet wird oder bei dem es verwendet wird, zum Gegenstand haben. ²Biologisches Material, das mit Hilfe eines technischen Verfahrens aus seiner natürlichen Umgebung isoliert oder hergestellt wird, kann auch dann Gegenstand einer Erfindung sein, wenn es in der Natur schon vorhanden war.

(3) Als Erfindungen im Sinne des Absatzes 1 werden insbesondere nicht angesehen:

1. Entdeckungen sowie wissenschaftliche Theorien und mathematische Methoden;
2. ästhetische Formschöpfungen;
3. Pläne, Regeln und Verfahren für gedankliche Tätigkeiten, für Spiele oder für geschäftliche Tätigkeiten sowie Programme für Datenverarbeitungsanlagen;
4. die Wiedergabe von Informationen.

(4) Absatz 3 steht der Patentfähigkeit nur insoweit entgegen, als für die genannten Gegenstände oder Tätigkeiten als solche Schutz begehrt wird.

§ 1a [Menschlicher Körper]

(1) Der menschliche Körper in den einzelnen Phasen seiner Entstehung und Entwicklung, einschließlich der Keimzellen, sowie die bloße Entdeckung eines seiner Bestandteile, einschließlich der Sequenz oder Teilsequenz eines Gens, können keine patentierbaren Erfindungen sein.

(2) Ein isolierter Bestandteil des menschlichen Körpers oder ein auf andere Weise durch ein technisches Verfahren gewonnener Bestandteil, einschließlich der Sequenz oder Teilsequenz eines Gens, kann eine patentierbare Erfindung sein, selbst wenn der Aufbau dieses Bestandteils mit dem Aufbau eines natürlichen Bestandteils identisch ist.

(3) Die gewerbliche Anwendbarkeit einer Sequenz oder Teilsequenz eines Gens muss in der Anmeldung konkret unter Angabe der von der Sequenz oder Teilsequenz erfüllten Funktion beschrieben werden.

(4) Ist Gegenstand der Erfindung eine Sequenz oder Teilsequenz eines Gens, deren Aufbau mit dem Aufbau einer natürlichen Sequenz oder Teilsequenz eines menschlichen Gens übereinstimmt, so ist deren Verwendung, für die die gewerbliche Anwendbarkeit nach Absatz 3 konkret beschrieben ist, in den Patentanspruch aufzunehmen.

§ 2 [Ausschluss der Patentierung]

(1) Für Erfindungen, deren gewerbliche Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen würde, werden keine Patente erteilt; ein solcher Verstoß kann nicht allein aus der Tatsache hergeleitet werden, dass die Verwertung durch Gesetz oder Verwaltungsvorschrift verboten ist.

(2) ¹Insbesondere werden Patente nicht erteilt für

1. Verfahren zum Klonen von menschlichen Lebewesen;
2. Verfahren zur Veränderung der genetischen Identität der Keimbahn des menschlichen Lebewesens;
3. die Verwendung von menschlichen Embryonen zu industriellen oder kommerziellen Zwecken;
4. Verfahren zur Veränderung der genetischen Identität von Tieren, die geeignet sind, Leiden dieser Tiere ohne wesentlichen medizinischen Nutzen für den Menschen oder das Tier zu verursachen, sowie die mit Hilfe solcher Verfahren erzeugten Tiere.

²Bei der Anwendung der Nummern 1 bis 3 sind die entsprechenden Vorschriften des Embryonenschutzgesetzes maßgeblich.

§ 2a [Tiere und Pflanzen]

(1) Patente werden nicht erteilt für

1. Pflanzensorten und Tierrassen sowie im Wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren und die ausschließlich durch solche Verfahren gewonnenen Pflanzen und Tiere;
2. Verfahren zur chirurgischen oder therapeutischen Behandlung des menschlichen oder tierischen Körpers und Diagnostizierverfahren, die am menschlichen oder tierischen Körper vorgenommen werden. Dies gilt nicht für Erzeugnisse, insbesondere Stoffe oder Stoffgemische, zur Anwendung in einem der vorstehend genannten Verfahren.

(2) ¹Patente können erteilt werden für Erfindungen,

1. deren Gegenstand Pflanzen oder Tiere sind, wenn die Ausführung der Erfindung technisch nicht auf eine bestimmte Pflanzensorte oder Tierrasse beschränkt ist;
2. die ein mikrobiologisches oder ein sonstiges technisches Verfahren oder ein durch ein solches Verfahren gewonnenes Erzeugnis zum Gegenstand haben, sofern es sich dabei nicht um eine Pflanzensorte oder Tierrasse handelt.

²§ 1a Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) Im Sinne dieses Gesetzes bedeuten:

1. „biologisches Material“ ein Material, das genetische Informationen enthält und sich selbst reproduzieren oder in einem biologischen System reproduziert werden kann;

2. „mikrobiologisches Verfahren“ ein Verfahren, bei dem mikrobiologisches Material verwendet, ein Eingriff in mikrobiologisches Material durchgeführt oder mikrobiologisches Material hervorgebracht wird;
3. „im Wesentlichen biologisches Verfahren“ ein Verfahren zur Züchtung von Pflanzen oder Tieren, das vollständig auf natürlichen Phänomenen wie Kreuzung oder Selektion beruht;
4. „Pflanzensorte“ eine Sorte im Sinne der Definition der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. EG Nr. L 227 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 3 [Neuheit]

(1) ¹Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie nicht zum Stand der Technik gehört. ²Der Stand der Technik umfaßt alle Kenntnisse, die vor dem für den Zeitrang der Anmeldung maßgeblichen Tag durch schriftliche oder mündliche Beschreibung, durch Benutzung oder in sonstiger Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind.

(2) ¹Als Stand der Technik gilt auch der Inhalt folgender Patentanmeldungen mit älterem Zeitrang, die erst an oder nach dem für den Zeitrang der jüngeren Anmeldung maßgeblichen Tag der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind:

1. der nationalen Anmeldungen in der beim Deutschen Patentamt ursprünglich eingereichten Fassung;
2. der europäischen Anmeldungen in der bei der zuständigen Behörde ursprünglich eingereichten Fassung, wenn mit der Anmeldung für die Bundesrepublik Deutschland Schutz begehrt wird und die Benennungsgebühr für die Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 79 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens gezahlt ist und, wenn es sich um eine Euro-PCT-Anmeldung (Artikel 153 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens) handelt, die in Artikel 153 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens genannten Voraussetzungen erfüllt sind;
3. der internationalen Anmeldungen nach dem Patentreuevertrag in der beim Anmeldeamt ursprünglich eingereichten Fassung, wenn für die Anmeldung das Deutsche Patentamt Bestimmungsamt ist.

²Beruhet der ältere Zeitrang einer Anmeldung auf der Inanspruchnahme der Priorität einer Voranmeldung, so ist Satz 1 nur insoweit anzuwenden, als die danach maßgebliche Fassung nicht über die Fassung der Voranmeldung hinausgeht. ³Patentanmeldungen nach Satz 1 Nr. 1, für die eine Anordnung nach § 50 Abs. 1 oder Abs. 4 erlassen worden ist, gelten vom Ablauf des achtzehnten Monats nach ihrer Einreichung an als der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

(3) Gehören Stoffe oder Stoffgemische zum Stand der Technik, so wird ihre Patentfähigkeit durch die Absätze 1 und 2 nicht ausgeschlossen, sofern sie zur Anwendung in einem der in § 2a Abs. 1 Nr. 2 genannten Verfahren bestimmt sind und ihre Anwendung zu einem dieser Verfahren nicht zum Stand der Technik gehört.

(4) Ebenso wenig wird die Patentfähigkeit der in Absatz 3 genannten Stoffe oder Stoffgemische zur spezifischen Anwendung in einem der in § 2a Abs. 1 Nr. 2 genannten Verfahren durch die Absätze 1 und 2 ausgeschlossen, wenn diese Anwendung nicht zum Stand der Technik gehört.

(5) ¹Für die Anwendung der Absätze 1 und 2 bleibt eine Offenbarung der Erfindung außer Betracht, wenn sie nicht früher als sechs Monate vor Einreichung der Anmeldung erfolgt ist und unmittelbar oder mittelbar zurückgeht

1. auf einen offensichtlichen Mißbrauch zum Nachteil des Anmelders oder seines Rechtsvorgängers oder
2. auf die Tatsache, daß der Anmelder oder sein Rechtsvorgänger die Erfindung auf amtlichen oder amtlich anerkannten Ausstellungen im Sinne des am 22. November 1928 in Paris unterzeichneten Abkommens über internationale Ausstellungen zur Schau gestellt hat.

²Satz 1 Nr. 2 ist nur anzuwenden, wenn der Anmelder bei Einreichung der Anmeldung anzeigt, daß die Erfindung tatsächlich zur Schau gestellt worden ist und er innerhalb von vier Monaten nach der Einreichung hierüber eine Bescheinigung einreicht. ³Die in Satz 1 Nr. 2 bezeichneten

neten Ausstellungen werden vom Bundesminister der Justiz im Bundesanzeiger bekanntgemacht.

§ 4 [Erfinderische Tätigkeit]

¹Eine Erfindung gilt als auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhend, wenn sie sich für den Fachmann nicht in naheliegender Weise aus dem Stand der Technik ergibt. ²Gehören zum Stand der Technik auch Unterlagen im Sinne des § 3 Abs. 2, so werden diese bei der Beurteilung der erfinderischen Tätigkeit nicht in Betracht gezogen.

§ 5 [Gewerbliche Anwendbarkeit]

Eine Erfindung gilt als gewerblich anwendbar, wenn ihr Gegenstand auf irgendeinem gewerblichen Gebiet einschließlich der Landwirtschaft hergestellt oder benutzt werden kann.

§ 6 [Recht auf das Patent]

¹Das Recht auf das Patent hat der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger. ²Haben mehrere gemeinsam eine Erfindung gemacht, so steht ihnen das Recht auf das Patent gemeinschaftlich zu. ³Haben mehrere die Erfindung unabhängig voneinander gemacht, so steht das Recht dem zu, der die Erfindung zuerst beim Patentamt angemeldet hat.

§ 7 [Berechtigung des Anmelders]

(1) Damit die sachliche Prüfung der Patentanmeldung durch die Feststellung des Erfinders nicht verzögert wird, gilt im Verfahren vor dem Patentamt der Anmelder als berechtigt, die Erteilung des Patents zu verlangen.

(2) Wird ein Patent auf Grund eines auf widerrechtliche Entnahme (§ 21 Abs. 1 Nr. 3) gestützten Einspruchs widerrufen oder führt der Einspruch zum Verzicht auf das Patent, so kann der Einsprechende innerhalb eines Monats nach der amtlichen Mitteilung hierüber die Erfindung selbst anmelden und die Priorität des früheren Patents in Anspruch nehmen.

§ 8 [Anspruch auf Übertragung (Patentvindikation)]

¹Der Berechtigte, dessen Erfindung von einem Nichtberechtigten angemeldet ist, oder der durch widerrechtliche Entnahme Verletzter kann vom Patentsucher verlangen, daß ihm der Anspruch auf Erteilung des Patents abgetreten wird. ²Hat die Anmeldung bereits zum Patent geführt, so kann er vom Patentinhaber die Übertragung des Patents verlangen. ³Der Anspruch kann vorbehaltlich der Sätze 4 und 5 nur innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach der Veröffentlichung der Erteilung des Patents (§ 58 Abs. 1) durch Klage geltend gemacht werden. ⁴Hat der Verletzte Einspruch wegen widerrechtlicher Entnahme (§ 21 Abs. 1 Nr. 3) erhoben, so kann er die Klage noch innerhalb eines Jahres nach rechtskräftigem Abschluß des Einspruchsverfahrens erheben. ⁵Die Sätze 3 und 4 sind nicht anzuwenden, wenn der Patentinhaber beim Erwerb des Patents nicht in gutem Glauben war.

§ 9 [Ausschließlichkeitsrecht des Patentinhabers]

¹Das Patent hat die Wirkung, dass allein der Patentinhaber befugt ist, die patentierte Erfindung im Rahmen des geltenden Rechts zu benutzen. ²Jedem Dritten ist es verboten, ohne seine Zustimmung

1. ein Erzeugnis, das Gegenstand des Patents ist, herzustellen, anzubieten, in Verkehr zu bringen oder zu gebrauchen oder zu den genannten Zwecken entweder einzuführen oder zu besitzen;
2. ein Verfahren, das Gegenstand des Patents ist, anzuwenden oder, wenn der Dritte weiß oder es auf Grund der Umstände offensichtlich ist, daß die Anwendung des Verfahrens ohne Zustimmung des Patentinhabers verboten ist, zur Anwendung im Geltungsbereich dieses Gesetzes anzubieten;
3. das durch ein Verfahren, das Gegenstand des Patents ist, unmittelbar hergestellte Erzeugnis anzubieten, in Verkehr zu bringen oder zu gebrauchen oder zu den genannten Zwecken entweder einzuführen oder zu besitzen.

§ 9a [Biologisches Material]

(1) Betrifft das Patent biologisches Material, das auf Grund einer Erfindung mit bestimmten Eigenschaften ausgestattet ist, so erstrecken sich die Wirkungen von § 9 auf jedes biologische Material, das aus diesem biologischen Material durch generative oder vegetative Vermehrung in gleicher oder abweichender Form gewonnen wird und mit denselben Eigenschaften ausgestattet ist.

(2) Betrifft das Patent ein Verfahren, das es ermöglicht, biologisches Material zu gewinnen, das auf Grund einer Erfindung mit bestimmten Eigenschaften ausgestattet ist, so erstrecken sich die Wirkungen von § 9 auf das mit diesem Verfahren unmittelbar gewonnene biologische Material und jedes andere mit denselben Eigenschaften ausgestattete biologische Material, das durch generative oder vegetative Vermehrung in gleicher oder abweichender Form aus dem unmittelbar gewonnenen Material gewonnen wird.

(3) ¹Betrifft das Patent ein Erzeugnis, das auf Grund einer Erfindung aus einer genetischen Information besteht oder sie enthält, so erstrecken sich die Wirkungen von § 9 auf jedes Material, in das dieses Erzeugnis Eingang findet und in dem die genetische Information enthalten ist und ihre Funktion erfüllt. ²§ 1a Abs. 1 bleibt unberührt.

§ 9b [Generative oder vegetative Vermehrung]

¹Bringt der Patentinhaber oder mit seiner Zustimmung ein Dritter biologisches Material, das auf Grund der Erfindung mit bestimmten Eigenschaften ausgestattet ist, im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum in Verkehr und wird aus diesem biologischen Material durch generative oder vegetative Vermehrung weiteres biologisches Material gewonnen, so treten die Wirkungen von § 9 nicht ein, wenn die Vermehrung des biologischen Materials der Zweck war, zu dem es in den Verkehr gebracht wurde. ²Dies gilt nicht, wenn das auf diese Weise gewonnene Material anschließend für eine weitere generative oder vegetative Vermehrung verwendet wird.

§ 9c [Landwirtschaftliche Zwecke]

(1) ¹Wird pflanzliches Vermehrungsmaterial durch den Patentinhaber oder mit dessen Zustimmung durch einen Dritten an einen Landwirt zum Zweck des landwirtschaftlichen Anbaus in Verkehr gebracht, so darf dieser entgegen den §§ 9, 9a und 9b Satz 2 sein Erntegut für die generative oder vegetative Vermehrung durch ihn selbst im eigenen Betrieb verwenden. ²Für Bedingungen und Ausmaß dieser Befugnis gelten Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 in seiner jeweils geltenden Fassung sowie die auf dessen Grundlage erlassenen Durchführungsbestimmungen entsprechend. ³Soweit sich daraus Ansprüche des Patentinhabers ergeben, sind diese entsprechend den auf Grund Artikel 14 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 erlassenen Durchführungsbestimmungen geltend zu machen.

(2) ¹Werden landwirtschaftliche Nutztiere oder tierisches Vermehrungsmaterial durch den Patentinhaber oder mit dessen Zustimmung durch einen Dritten an einen Landwirt in Verkehr gebracht, so darf der Landwirt die landwirtschaftlichen Nutztiere oder das tierische Vermehrungsmaterial entgegen den §§ 9, 9a und 9b Satz 2 zu landwirtschaftlichen Zwecken verwenden. ²Diese Befugnis erstreckt sich auch auf die Überlassung der landwirtschaftlichen Nutztiere oder anderen tierischen Vermehrungsmaterials zur Fortführung seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit, jedoch nicht auf den Verkauf mit dem Ziel oder im Rahmen einer Vermehrung zu Erwerbszwecken.

(3) ¹§ 9a Abs. 1 bis 3 gilt nicht für biologisches Material, das im Bereich der Landwirtschaft zufällig oder technisch nicht vermeidbar gewonnen wurde. ²Daher kann ein Landwirt im Regelfall nicht in Anspruch genommen werden, wenn er nicht diesem Patentschutz unterliegendes Saat- oder Pflanzgut angebaut hat.

§ 10 [Mittelbare Patentverletzung]

(1) Das Patent hat ferner die Wirkung, daß es jedem Dritten verboten ist, ohne Zustimmung des Patentinhabers im Geltungsbereich dieses Gesetzes anderen als zur Benutzung der patentier-